



# NIEDERSCHRIFT

über die 44. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 19.02.2019,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:57



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Georg Schmalz

Michael Schreiner

SPD

Dr. Christine Altstötter-Gleich

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Prof. Dr. Hannes Kopf

Rolf Kost

Florian Maier

Judith Neumann

Michael Scheid



Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Aydin Tas

Hans Peter Thiel

bis TOP 6 ö.S. 18.00 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Sophia Maroc

FWG

Aniello Casella

Michael Dürphold

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

ab TOP 2 ö.S. 17.12 Uhr

AfD

Jürgen Sauer

FDP

Jochen Silbernagel



Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Claus Eisenstein

(Jugendamt)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Sandra Diehl

(Leiterin Pressestelle)

Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Andreas Hott



Rolf Morio

Bündnis 90/Die Grünen

Udo Lichtenthäler

FWG

Wolfgang Freiermuth



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnungsordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat um Ergänzung der Tagesordnung um den Punkt „Stadtwald; Beteiligung an einer Kommunalen Holzvermarktungs GmbH“ als neuen Tagesordnungspunkt 14 der öffentlichen Sitzung.

**Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Der Vorsitzende wies weiter auf einen eingegangenen Eilantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Situation der Universität hin. Er schlage vor, hier eine Dringlichkeit festzustellen und den Antrag noch als Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung aufzunehmen.

**Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Resolution des Stadtrates zum Kita-Zukunftskonzept
3. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Sozialwohnungsbauquote auf ein Drittel erhöhen  
Vorlage: 101/462/2019
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erhöhung der Quotierungsrichtlinie  
Vorlage: 101/463/2019
5. Antrag der Stadtratsfraktion Pfeffer und Salz; Aktuelle Situation des Städtischen Klinikums Landau  
Vorlage: 101/464/2019
6. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Bericht über den aktuellen Stand der geplanten Uni-Struktur  
Vorlage: 101/465/2019
7. Verleihung der Ehrenplakette der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 100/268/2019
8. Änderung der Aufbauorganisation  
Vorlage: 130/082/2019
9. Zinssicherungsschirm Rheinland-Pfalz  
Vorlage: 240/096/2019
10. Kommune der Zukunft; Projektfinanzierung  
Vorlage: 600/096/2019



11. Bebauungsplan „MH 4, Östliche Ortserweiterung Mörzheim“ in Mörzheim - Verkleinerung des Geltungsbereiches und Beschluss zur erneuten frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch und der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: 610/542/2019
12. Ausbau des ÖPNV-Angebotes in Landau in der Pfalz  
Vorlage: 660/187/2019
13. Energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung in Landau in der Pfalz; Lieferung, Montage und Demontage von Leuchtkörpern BA03  
Vorlage: 680/190/2019
14. Stadtwald; Beteiligungsbeschluss an der „Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH“ und Zustimmung zum Gesellschaftervertrag  
Vorlage: 230/359/2019
15. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner sprach den Ideenwettbewerb zum Weißquartierplatz an. Wie könne er sich in den Entwicklungsprozess einbringen?

Der Vorsitzende betonte, dass es zur Endausfertigung der Pläne mit Sicherheit noch öffentliche Debatten geben werde. Man werde aber einen öffentlichen Zwischenbericht zum Stand der Planungen machen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Resolution des Stadtrates zum Kita-Zukunftskonzept

Der Vorsitzende erläuterte den Entwurf der Resolution vom 13. Februar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Landau habe landesweit einen Spitzenplatz bei der Kita-Versorgung. Dies gelte es zu bewahren ohne zusätzliche Belastungen für den städtischen Haushalt.

Ratsmitglied Lerch stellte fest, dass die zuständige Ministerin den Entwurf als „sehr sehr gutes Gesetz“ bezeichnet habe. Nach etlichen Gesprächen und Demonstrationen sehe dies aber ganz anders aus. Man wolle nicht verkennen, dass es bei einzelnen Festlegungen in die richtige Richtung gehe. So begrüße man die Stärkung der Elternbeteiligung sowie die Beitragsfreiheit. Dies gehe allerdings zu Lasten der Kommunen. So werde nur ein Puffer von 8 % mitfinanziert und die Trägeranteile sollen vor Ort ausgehandelt werden. Wenn das Land bestelle, aber die Zahlung verweigere, dann sei dies unseriös. Hier werde etwas bestellt und die Kommunen sollen bezahlen.

Ratsmitglied Maier gab zu bedenken, dass hinter dem Gesetzentwurf pädagogische Ideen stehen. Allerdings dürfe das Gesetz nicht zu personellen und finanziellen Verschlechterungen für die Stadt führen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Resolution zu.

Ratsmitglied Follenius-Büssow erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion für die Resolution aber auch für die Novellierung des Kita-Gesetzes sei. Das Gesetz sei ein Aufbruch in die richtige Richtung. Nicht hinnehmbar sei allerdings die Kostenberechnung. Man brauche ein Gesetz, das fachlich orientiert die Finanzierung sicherstelle. Das Personal brauche Planungssicherheit und ein auskömmliches Einkommen. Zu berücksichtigen sei auch, dass es ein Recht auf frühkindliche Bildung gebe. Hierzu sei eine angemessene Fachkraft/Kind-Relation notwendig. Auch müsste es einen Pool von „Feuerwehr-Erzieherinnen“ geben, um krankheitsbedingte Ausfälle aufzufangen. Man brauche eine zukunftsgerichtete und verlässliche Gesetzeslage und Finanzierung. Zukunftsgewandt wären beispielsweise Betreuungszeiten von 6.00 Uhr bis 20.00 Uhr.

Ratsmitglied Dürphold unterstrich, dass auch die FWG-Stadtratsfraktion für die Resolution sei. Dass das Land auf gesellschaftliche Anforderungen reagiere, sei zunächst positiv. Der Gesetzentwurf dürfe aber nicht zu Lasten der Kommunen und des Personals gehen. Mit der Resolution sei man auf einem guten Weg, die Landesregierung müsse reagieren.

Ratsmitglied Wagner teilte mit, dass auch die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Resolution zustimme. Es sei positiv, dass in diesem Falle eine interfraktionelle Abstimmung gelungen sei. Er begrüße ausdrücklich auch die Deutlichkeit in der Resolution. Das neue Kita-Gesetz dürfe nicht mit einer Qualitätsverschlechterung einhergehen. Aus seiner Sicht könne dies nicht das Ende der Dinge sein.

Ratsmitglied Eisold stellte fest, dass Rheinland-Pfalz im Vergleich beispielsweise zu Baden-Württemberg gute Bedingungen bei der Kita-Versorgung habe. Gerade in Landau habe man eine Vorzeigesituation.



Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**eine Resolution zum Kita-Zukunftskonzept des Landes Rheinland-Pfalz.**



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### **Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Sozialwohnungsbauquote auf ein Drittel erhöhen**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 7. Februar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Es fehle an Mietwohnungen gerade im Bereich des sozialgeförderten Mietwohnungsbaus. Dies sei genauso ein Problem wie die Tatsache, dass viele Sozialwohnungen in den nächsten Jahren aus der Bindung fallen. Im Moment gelte in Landau eine Quote von 25 %, auf die man sich gemeinsam geeinigt habe. Wenn man jetzt 33 % beschließen würde, würde dies 160 zusätzliche Sozialwohnungen bedeuten. Man wolle mindestens die Hälfte dieses sozial geförderten Mietwohnungsbaus für den ersten Förderweg mit einer Mindestbelegungsbindung von 20 Jahren. Diese Quote solle gelten für alle Flächen, auf die die Stadt Zugriff habe. Es sei eine sinnvolle Maßnahme, die in dieser Stadt gut funktioniere. Die vorgeschlagene Übergangszeit von 6 Monaten sei angemessen für eine neue Quote.

Der Vorsitzende war der Meinung, dass man diese Debatte zur Unzeit führe. Man sollte erst mal die jetzige Quote wirken lassen und dann im zweiten Halbjahr 2019 eine Zwischenbilanz ziehen. Eine solche Debatte führe nur zur Verunsicherung und lasse vielleicht das ein oder andere Projekt wieder in der Schublade verschwinden. Er appelliere, der Verwaltungsempfehlung zu folgen. Dies sei keine grundsätzliche inhaltliche Ablehnung einer höheren Quote, aber die Stadt müsse ein verlässlicher Partner bleiben. Der neue Stadtrat könne sich dann im Herbst mit dieser Frage beschäftigen.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass es dem Antrag an Plausibilität und Verlässlichkeit fehle. Die Grünen würden 1000 neue Wohnungen fordern, gleichzeitig aber Landau baut Zukunft ablehnen. Es müsse auch die Frage erlaubt sein, wie man zu der Aussage komme, dass die Quote in Landau funktioniere. Er halte es für sinnvoll, diese beschlossene Quote jetzt mal wirken zu lassen. In den letzten Jahren habe man in diesem Bereich Quantensprünge gemacht. Eine erneute Erhöhung der Quote halte er zum jetzigen Zeitpunkt nicht für zielführend. Die CDU-Stadtratsfraktion werde den Antrag ablehnen.

Ratsmitglied Maier unterstrich, dass eine Erhöhung der Quote zum richtigen Zeitpunkt käme. Er glaube nicht, dass es am Markt schädlich wäre wenn man die Quote erhöht. Die Grünen würden nun mit der Forderung nach einer Mindestbelegungsbindung von 20 Jahren auf den ursprünglichen Antrag noch draufpacken. Dies könne man nicht mitgehen, daher werde sich die SPD-Stadtratsfraktion enthalten.

Ratsmitglied Dürphold hielt die Forderung nach einer Erhöhung der Quote für einen Schnellschuss. Die Bautätigkeit sei in Landau jahrelang blockiert worden. Man sollte jetzt Erfahrungen mit der bestehenden Quote sammeln und dann neu bewerten. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ab.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion den Antrag ausdrücklich begrüße. Eine längere Bindungsdauer würde die Anzahl der Wohnungen erhöhen. Wie mit Fördergeldern umgegangen werde, könne man am aktuellen Bericht des Rechnungshofes sehen, dies sei erschütternd. Er hoffe, dass der Zeitgeist bei den



Investoren ankomme und mehr sozialer Wohnungsbau entstehe. Wichtig sei Pfeffer und Salz auch eine bedarfsgerechte Förderung mit Trennung der Förderwege.

Der Vorsitzende entgegnete, dass ihm Investoren deutlich gemacht hätten, dass es irgendwann durchaus eine Schwierigkeit wäre mit einer höheren Quote. Zum Rechnungshofbericht weise er ausdrücklich darauf hin, dass es um Vorgänge aus dem Jahr 2005 gehe, die nicht vergleichbar mit heute seien.

Ratsmitglied Hartmann war der Meinung, dass die Bedingungen im Moment gut seien und es daher keinen Grund gebe, dies heute abzulehnen.

Der Stadtrat lehnte mit 8 Ja,- 19 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen:

**den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 7. Februar 2019 ab.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erhöhung der Quotierungsrichtlinie

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 8. Februar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Wichtig sei ihm, dass von einem solchen Beschluss das Signal ausgehe, dass ein Drittel der Wohnungen im Baugebiet Landau-Südwest sozial geförderte Wohnungen sein werden. Der Antrag gelte nur für die Kernstadt, man sollte sich dennoch Gedanken machen, ob man sich mit der Quote auch an die Stadtdörfer heranwage.

Der Vorsitzende bekräftigte nochmals, dass er dies für eine Debatte zur Unzeit halte. Allein schon das Datum 1. Juli 2019 stelle die Verwaltung vor logistische Probleme. Vielleicht könne man dieses Datum zumindest auf den 1. September 2019 setzen.

Ratsmitglied Maier stimmte dem zu.

Ratsmitglied Lerch sah in dem Antrag immer die gleiche Masche. Das Land habe jahrzehntelang die Förderung des sozialen Wohnungsbaus vernachlässigt. Die Stadt sei hier aktiv geworden, als eine der ersten in Rheinland-Pfalz. Aber man könne nicht das, was in 25 Jahren vernachlässigt worden sei, in 5 Jahren aufholen.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass es seine Fraktion gewesen sei die im Juni 2016 30% beantragt habe. Man sei von Anfang an der Meinung gewesen, dass mehr als 25 % möglich seien. Er gestehe zu, dass der erste Antrag nicht ausgegoren gewesen sei, da man ein Thema habe setzen wollen. Bedenklich finde er es, welches Spiel die SPD hier spiele, nur um einen eigenen Antrag durchzubekommen und nicht einem Grünen-Antrag zustimmen zu müssen. Er und seine Fraktion werde sich anders verhalten und heute zustimmen, da es den Grünen um die Inhalte gehe.

Ratsmitglied Dürphold erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion 25 % für angemessen halte. Daher werde man auch diesen Antrag ablehnen.

Ratsmitglied Wagner begrüßte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion den Antrag.

Ratsmitglied Marquardt erinnerte daran, dass die Stadt vor Jahren preisgünstige Wohnungen verkauft habe. Dies sei ein Fehler gewesen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass dies dazu gedient habe um anderen preisgünstigen Wohnraum zu erhalten und zu schaffen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 22 Ja-, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

**die Erhöhung der Quote im Rahmen der Quotierungsrichtlinie. Ab dem 1. September 2019 soll mindestens ein Drittel der neu zu schaffenden Wohnfläche im geförderten Mietwohnungsbau für Planungsbegünstigte gesichert sein. Mindestens die Hälfte dieser Wohnungen sollte auf dem so genannten ersten Förderweg für Geringverdienende bereitgestellt werden. Gleiches gilt bilanziell für Neubaugebiete in der Kernstadt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### **Antrag der Stadtratsfraktion Pfeffer und Salz; Aktuelle Situation des Städtischen Klinikums Landau**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 11. Februar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Es sei an der Zeit, wieder einmal die Situation des Städtischen Klinikums im Rat vorzustellen. Es gebe neue Entwicklungen im Gesundheitswesen, so dass ein aktueller Bezug da wäre. Ein weiteres Problem sei bundesweit der Personalmangel und die Situation der Mitarbeiter.

Der Vorsitzende betonte, dass nichts gegen den Antrag spreche und man Herrn Dr. Gehendges in eine Sitzung im zweiten Halbjahr einladen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dass in einer der folgenden Ratssitzungen über die aktuelle Situation des Städtischen Klinikums Landau berichtet wird.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Bericht über den aktuellen Stand der geplanten Uni-Struktur**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 18. Februar 2019, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Kaiserslautern habe sich mit mehreren zentralen Forderungen bereits positioniert. Man müsse schauen, dass Landau nicht hinten runterfällt. Daher halte man es für wichtig, dass der Minister hier Position beziehe.

Der Vorsitzende erklärte, dass die CDU mit diesem Antrag offene Türen einrenne. Leider werde in diesem laufenden Prozess sehr viel über die Presse kommuniziert.

Ratsmitglied Maier stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion dem Antrag zu. Die Universität sei ein wichtiger Faktor für Landau. Gut sei, dass von Seiten der Landesregierung nun die Fakten auf dem Tisch liegen. Es könne ja auch sein, dass etwas Gutes dabei herauskomme.

Ratsmitglied Hartmann betonte, dass es sehr viele Punkte gebe, zu denen er gerne den Minister befragen würde. Er denke, dass dies aber sehr viele Menschen interessieren werde.

Ratsmitglied Dürphold hielt die Entscheidung der Landesregierung für einen Schnellschuss ohne vorherige Kommunikation mit den Unileitungen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass dies ein autoritäres Politikverständnis des Ministers sei. Dies habe mit Transparenz nichts zu tun. Wenn schon der Start so vermasselt sei, werde nur schwerlich was Gutes entstehen. Dies sei ein vollkommen falscher Politikansatz, für den man den Minister zur Rede stellen müsse.

Der Vorsitzende stellte klar, dass er es nicht zulassen werde, dass der Minister vorgeführt wird.

Ratsmitglied Dr. Altstötter-Gleich war es sehr wichtig, dass der gesamte Prozess positiv und konstruktiv begleitet wird.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Herrn Wissenschaftsminister Konrad Wolf in die nächste Stadtratssitzung einzuladen, um über den aktuellen Stand der geplanten Uni-Struktur zu berichten.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**Verleihung der Ehrenplakette der Stadt Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 7. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) Die Stadt Landau verleiht Frau Gerlinde Rahm, wohnhaft in Landau in der Pfalz, die Ehrenplakette der Stadt Landau in der Pfalz.
- b) Die Stadt Landau verleiht Herrn Albrecht Hornbach, geboren in Landau in der Pfalz, die Ehrenplakette der Stadt Landau in der Pfalz.
- c) Die Stadt Landau verleiht Herrn Dr. h. c. Christian Schad, wohnhaft in Landau in der Pfalz, die Ehrenplakette der Stadt Landau in der Pfalz.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### Änderung der Aufbauorganisation

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Organisationsabteilung vom 7. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Wagner bat um Auskunft über die finanziellen Auswirkungen hinsichtlich der Personalkosten.

Der Vorsitzende unterstrich, dass es keine finanziellen Auswirkungen gebe.

Ratsmitglied Hartmann konnte den Zeitpunkt für diese Maßnahme nicht nachvollziehen. Daher werde sich die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion enthalten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 5 Enthaltungen:

1. der Neugliederung des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung in zwei eigenständige Ämter zuzustimmen.
2. Die Zentrale Vergabestelle (160), bisher beim Hauptamt angesiedelt, wird künftig eine Abteilung des Rechtsamtes.
3. Die Dezernatsverteilung bleibt, bis auf den Wechsel der Zentralen Vergabestelle von Dezernat I in das Dezernat II, unberührt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

### Zinssicherungsschirm Rheinland-Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 24. Januar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Eisold bat um Erläuterungen zur Entwicklung der Kassenkredite in den letzten Jahren.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dieser Zinssicherungsschirm reine Symptommedizin und keine Ursachenmedizin sei. Die Stadt habe schon frühzeitig ihre Hausaufgaben gemacht. Er werde dem Stadtrat aber in der nächsten Sitzung einen ausführlichen Bericht zum Finanzstatus vorlegen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die Teilnahme der Stadt Landau in der Pfalz am Zinssicherungsschirm Rheinland-Pfalz zum 01.01.2019.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

### Kommune der Zukunft; Projektfinanzierung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 4. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man werde die Hinweise, die die Ortsbeiräte eingebracht haben, in das weitere Verfahren aufnehmen.

Ratsmitglied Doll sprach von einem guten und wichtigen Signal für die Ortsteile, dass von der Umsetzung der Leuchtturmprojekte ausgehe. Die Umsetzung der Projekte werde etwa 1,9 Millionen Euro kosten. Bei dieser Summe sei die zugesagte Förderung des Landes von 750.000 Euro nicht ausreichend. Die Ortsteile hätten zugestimmt, Mittel zur Verfügung zu stellen. Man lege aber großen Wert auf die Eigenidentifikation der Stadtdörfer. Daher müsse ein angemessenes Volumen an Mitteln im Stadtdorf verbleiben, da man die Mittel benötige um auch die anderen Dinge machen zu können. Die CDU-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass er dankbar sei, dass die Verwaltung es so aufgegriffen habe. Dies zeige sich auch daran, dass sich die Ortsteile an der Finanzierung der Leuchtturmprojekte beteiligen. Die SPD-Stadtratsfraktion werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man sich natürlich immer mehr Geld wünschen könne. Die Erfahrung zeige, dass es gut sei mehrere Fördertöpfe anzuzapfen.

Ratsmitglied Hartmann stimmte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage gerne zu.

Ratsmitglied Volkhardt verwies auf eine sehr intensive Diskussion im Ortsbeirat Godramstein. In der Vorlage stehe leider nichts über die Folgekosten und wer diese Kosten trage. Für ihn stelle sich die Frage, ob man den Pavillon an dieser Stelle in Godramstein wirklich brauche. Er werde sich daher bei dieser Vorlage enthalten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man bei der Entwicklung dieser Projekte Bürgerbeteiligung in Reinform habe. Es habe breite Einladungen und Möglichkeiten gegeben, sich an den Workshops zu beteiligen. Bürgerbeteiligung bedeute, dass man sich bewegen müsse. Es gebe zudem noch keinerlei Detailplanungen.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass dieses Verfahren ganz im Sinne der Pfeffer und Salz-Fraktion gewesen sei. Die Projekte seien vor Ort von Bürgerinnen und Bürgern diskutiert und erarbeitet worden. Diese seien eine Verbesserung der Lebensqualität vor Ort. Natürlich müsse und könne man über Details noch reden. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Marquardt wies darauf hin, dass die Queichwiesen FFH-Gebiet seien. Hier fehle es an Informationen und Transparenz, gerade wenn man 200.000 Euro investiere. Er werde sich daher heute enthalten.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 3 Enthaltungen:

**Dem vorgelegten Projektfinanzierungskonzept für die „Leuchtturmprojekte“ im Prozess „Kommune der Zukunft“ wird zugestimmt und die Verwaltung wird**



beauftragt, die weiteren Schritte zur Umsetzung der aufgeführten Projektpakete in Angriff zu nehmen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Bebauungsplan „MH 4, Östliche Ortserweiterung Mörzheim“ in Mörzheim -  
Verkleinerung des Geltungsbereiches und Beschluss zur erneuten frühzeitigen  
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch und der  
Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 7. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Geltungsbereich des aufzustellenden Bebauungsplans „MH 4, Östliche Ortserweiterung Mörzheim“ wird auf die Flurstücke 172/4, 174, 178/2, 3577, 3578, 3579 sowie teilweise die Flurstücke 320/15, 3575, 3576 und 3586, Gemarkung Mörzheim verkleinert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf Grundlage des zu erarbeiteten Vorentwurfs des Bebauungsplans erneut vorzunehmen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

### Ausbau des ÖPNV-Angebotes in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. Januar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Dies sei heute eine Grundsatzentscheidung ohne dass bereits Detailfragen geklärt seien. Die eigentliche Ausschreibung des Linienbündels werde dann wieder hier im Rat entschieden.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion dieser Vorlage zustimmen werde. Die Vorlage enthalte alle Forderungen, die die CDU eingebracht habe. Man sehe den ÖPNV als einen fundamentalen und zentralen Eckpunkt des Mobilitätskonzeptes. Es seien beim ÖPNV in Landau mit Sicherheit noch Verbesserungen und Optimierungen zu erreichen. Dafür sei diese Konzeption eine gute Grundlage für die weitere Arbeit.

Bürgermeister Dr. Ingenthron betonte, dass es Ziel sei Landau zu einer mobilitätsgerechten Stadt zu machen.

Ratsmitglied Maier war der Meinung, dass jeder Ausbau des ÖPNV sich daran messen lassen müsse, ob der Umstieg vom Auto auf den ÖPNV gelinge. Diese Vorlage sei ein Schritt in die richtige Richtung und auf jeden Fall zustimmungsfähig. Nächster Schritt müsse sein, die ganze Region einzubeziehen und einen Südpfalz-Takt zu entwickeln.

Ratsmitglied Hartmann sprach von einer guten Vorlage, die heute dem Rat vorgelegt werde. An zwei Punkten sehe man Diskussions- und Verbesserungsbedarf. So hänge die Akzeptanz wesentlich von Taktung und Preis ab. Man halte es für sinnvoll, nachts einen Bedarfsbus zu haben und ein „Ruf-den-Bus“-System zu installieren. Ein weiterer Aspekt sei die Preisstruktur, die ebenfalls nochmals besprochen werden müsse. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustimmen.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man gute Argumente haben müsse, da die ADD den ÖPNV als freiwillige Leistung einstufe.

Ratsmitglied Dürphold fand die Neuausrichtung des ÖPNV mit einer halbstündigen Anbindung der Stadtdörfer als eine klasse Sache. Ziel müsse auch sein, die Feinstaubbelastung einzudämmen und verstärkt auf Elektrobusse zu setzen.

Ratsmitglied Wagner begrüßte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ebenfalls die Vorlage. Mehr ÖPNV sei wichtig, von daher gehe es in die richtige Richtung. Mit steigender Akzeptanz würden auch die Einnahmen steigen. Er rege an, die gesamte Region einzubeziehen. Das Denken dürfe nicht an der Stadtgrenze aufhören. Im Moment würden auch die Fahrplanaushänge nicht mit der tatsächlichen Linienführung übereinstimmen.

Ratsmitglied Dr. Bals hielt es für ganz wesentlich, dass die Taktung nicht an der Stadtgrenze bzw. den Stadtdörfern aufhöre. Es brauche eine Vernetzung mit dem Landkreis.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Konzeption des ÖPNV-Angebotes im Stadtverkehr von Landau in der Pfalz nach Variante 3 wird zugestimmt.



2. Die Ausschreibung des Linienbündels Landau in der Pfalz in den Jahren 2020/2021 erfolgt auf Grundlage der Variante 3, soweit die haushaltsrelevanten Voraussetzungen hierfür vorliegen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung in Landau in der Pfalz; Lieferung, Montage und Demontage von Leuchtkörpern BA03**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 4. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Auftrag zur Lieferung, Montage und Demontage von Leuchtkörpern im Rahmen der energetischen Sanierung der Straßenbeleuchtung in Landau in der Pfalz ist der Pfalzwerke Netz AG, Ludwigshafen, zu den Preisen ihres Angebotes vom 18.01.2019, das mit einer geprüften Endsumme einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 830.745,96 EUR abschließt, zu erteilen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)**

**Stadtwald; Beteiligungsbeschluss an der „Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH“ und Zustimmung zum Gesellschaftervertrag**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 15. Februar 2019, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Auf der Basis des Grundsatzbeschlusses vom 13. November 2018 und vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums der ADD im Rahmen des noch laufenden Anzeigeverfahrens nach § 92 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) , dass**

- 1. sich die Stadt Landau in der Pfalz an der neu zu gründenden „Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH“ beteiligt und stimmt**
- 2. dem Gesellschaftervertrag zu**

**Der Stadtrat beauftragt**

- 3. die Verwaltung, die weiteren Schritte zu veranlassen und ermächtigt**
- 4. den Oberbürgermeister, Änderungen am Gesellschaftervertrag vorzunehmen und den demnach geänderten Gesellschaftervertrag zu unterzeichnen, sofern sich aus dem Analyseverfahren oder der Prüfung durch den beauftragten Notar ein Änderungsbedarf am Gesellschaftervertrag ergeben sollte, der geringfügiger Natur ist und nicht den Wesensgehalt des Gesellschaftervertrages ändert.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

### Verschiedenes

Ratsmitglied Dürphold kritisierte, dass der Ortsbeirat Mörzheim nicht über die Vergabe der Planungsleistungen für das Dorfgemeinschaftshaus informiert worden sei und auch keine Mitsprachemöglichkeit gehabt habe.

Herr Götz entgegnete, dass dies ein reines verwaltungsinternes Verfahren gewesen sei.

Der Vorsitzende ergänzte, dass man gerne nochmal im Ortsbeirat über das Verfahren informieren könne.



Die Niederschrift über die 44. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 19.02.2019 umfasst 17 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 148.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter